

16./XI. 1916

Gehaltsaufbesserung für die Staatsbediensteten und Lehrer.

Wie uns mitgeteilt wird, sind die Vorarbeiten für eine den Leuerungsverhältnissen entsprechende Zulage an die Staatsbeamten im Gange. Es besteht bei der Regierung die Neigung, der durch die außerordentlichen Verhältnisse geschaffenen materiellen Lage der Staatsbediensteten Rechnung zu tragen und den von den deutschen Abgeordneten wiederholt geäußerten Wünschen nach Maßgabe der vom Finanzministerium zur Verfügung gestellten Mittel zu entsprechen. Ob die Form einer einmaligen Zuwendung gewählt oder eine auf Kriegsdauer beschränkte Erhöhung der Monatsgehälter verfügt werden soll, steht noch nicht fest. Bei den im Sinterlande diensttuenden Militärgagisten wurde bekanntlich beides durchgeführt, insofern ihnen die Geldablösung für die menagemäßige Verköstigung zugestanden wurde, und jene, die außer ihren Dienstbezügen über sonst kein Einkommen verfügen, auch mit einer einmaligen Unterstützung beteiligt wurden. Für die Zivilstaatsbediensteten wurden seitens der deutschen Abgeordneten ähnliche Maßnahmen wiederholt von der Regierung verlangt. Was die Pensionisten und sogenannten Altpensionisten anlangt, so wird auch für diese eine, wenn auch nur auf Kriegsdauer beschränkte Erhöhung der Bezüge notwendig werden. Wie uns weiter mitgeteilt wird, hat auch der Vorstand der deutschböhmisches Vereinigung neuerlich Schritte im Interesse der Lehrerschaft unternommen, für die die staatliche Hilfe in Anspruch genommen werden muß, weil der Krieg einschneidende Veränderungen zuungunsten der Einnahmen der Länder, denen die Besoldung der Lehrerschaft eigentlich obliegt, herbeigeführt hat.